

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

April 2016

Nr. 04 · 12. Jahrgang

Eine „Schatztruhe“ am Schlaatz zum Spenden und Tauschen

Laden für Bedürftige Am Schlaatz eröffnet/Weitere ehrenamtliche HelferInnen gesucht

Pünktlich zum Internationalen Frauentag 2016 wurde sie eröffnet: die „Schatztruhe“ - der Spenden- und Tauschladen im Potsdamer Wohngebiet Am Schlaatz. In der „Schatztruhe“ der Arbeiterwohlfahrt können sich Bedürftige und Flüchtlinge unbürokratisch und kostenlos mit dem Wichtigsten versorgen.

„Bei uns sind im letzten Jahr sehr viele Sachspenden eingegangen“, erklärte AWO-Potsdam-Chefin Angela Basekow. „Wir haben überlegt, wie wir die am besten weiterverteilen können. Und da ist uns die Idee zu dem Spenden- und Tauschladen gekommen.“ „Die Schatztruhe ist ein offener Laden und wir verlangen auch keinen Bedürftigkeitsnachweis“, stellt Projektleiter Reico Rummel klar. Nehmen darf man sich maximal eine „Grundausstattung“ von vier Artikeln, weitere Artikel können durch Tausch oder eine kleine Spende mitgenommen werden. Außerdem müssen alle

Artikel am Eingangstresen vorgezeigt werden. „Wir werden unsere Erfahrungen sammeln“, sagt Basekow.

Derzeit hat der Laden am Dienstag und Donnerstag von 10.30 Uhr bis 15.30 Uhr geöffnet, am Mittwoch 13 bis 18 Uhr. Um die Öffnungszeiten zu erweitern sucht die Arbeiterwohlfahrt noch freiwillige Helfer, die Lust haben, das Team zu unterstützen, das derzeit aus drei festen Mitarbeitern sowie vier Ehrenamtlern besteht. „Wir wollen die Schatztruhe am liebsten täglich öffnen“, sagt Reico Rummel. Dazu wären jedoch weitere eh-



renamtliche HelferInnen nötig. Wer also helfen will, der kann sich in der AWO-Ehrenamtsagentur unter 0331/600979-22 oder -27 melden. Für weitere Fragen steht auch die Awo-Spenden-Hotline 0800-0738151 montags bis freitags von 14 bis 18 Uhr zur Verfügung.

Ein merk-würdiger Parteitag

DIE LINKE Brandenburg kam am Samstag, den 05. März, zur ersten Tagung des 5. Parteitages im Uckermärkischen Templin zusammen. Dies war der erste Wahlparteitag nach der letzten Landtagswahl. Vor dem Parteitag beteiligten sich viele Delegierte und Gäste an den Protesten gegen eine Neonazi-Kundgebung auf dem Templiner Marktplatz. Wir haben als LINKE, im Wortsinne, Flagge gegen Rechts gezeigt. Die Stimmung unter den Delegierten war ruhig bis gespannt. Christian Görke hielt zu Beginn eine kämpferische Rede, und zeigte auf, dass wir insbesondere in der Bildung mehr wollen als die Sozialdemokratie, und hier auch schon einiges erreicht haben. Auch weitere Themen, bei denen es Unterschiede gibt, wurden herausgearbeitet. In der lebendigen

Generaldebatte wurden teilweise unser Umgang mit der Altanschießerfrage kritisiert und Ängste in Bezug auf die Verwaltungsstrukturreform artikuliert. Christians Rede für die Wahl zum Landesvorsitzenden war kämpferisch, aber hat wohl nicht alle Delegierten erreicht. Auch hatten wohl viele Zweifel an der Doppelfunktion als Finanzminister und Landesvorsitzender. Dennoch waren wohl viele überrascht über die mageren 69%. Diese waren dann auch ein Menetekel, und sie waren auch Ausdruck allgemeiner Unzufriedenheit.



Die weiblichen stellvertretenden Landesvorsitzenden erhielten wirklich gute Wahlergebnisse, insbesondere Kirsten Tackmann. Aber weder die 77% für Sebastian Walter noch die 58% für Norbert Müller waren starke Ergebnisse. Die Nichtwahl von Andrea Johlige war dann ein Paukenschlag, mit dem viele nicht gerechnet hatten. Danach zeigte sich dann auch erst einmal allgemeine Ratlosigkeit. Der Landesvorstand wird diese Stelle nun erst einmal kommissarisch besetzen. Der Antrag auf eine Doppelspitze scheiterte nur sehr knapp, aber das Thema dürfte uns weiter bewegen. Sehr schön war auf jeden Fall die Debatte zum Bedingungslosen Grundeinkommen. Derartig konstruktive, detaillierte, aber auch kontroverse Debatten sollten wir uns häufiger gönnen. Aus Potsdamer Sicht hingegen sehr erfreulich war die Wahl von Roland Gehrmann in den Landesvorstand. Fazit: Es gibt viel Gesprächsbedarf, das wurde deutlich. Wir sollten alle im Vorfeld mehr kommunizieren. Wir müssen uns wieder stärker die Frage stellen, was uns als LINKE genau miteinander verbindet.

Moritz Kirchner

1. Mai



VORMERKEN:

Am 1. Mai 2016 beginnt um 10.00 Uhr am OdF-Denkmal auf dem Platz der Einheit die Potsdamer Maidemonstration. Gleichzeitig startet um 10.00 Uhr (bis 16.00) das Fest zum 1. Mai auf dem Alten Markt.

In dieser Ausgabe

- 2 Von den **Syrien**verhandlungen berichtet/Kalenderblätter April/Roma-Day
- 3 **Whistleblower** auf Podiumsdiskussion in Babelsberg/ NSU-Untersuchungsausschuss in Brandenburg
- 4 Kampf ums „**Mercure**“ geht weiter/Zukunft der Biosphäre/Verkehrsabläufe
- 5 „Potsdamer **Mitte neu** denken“ aktiv/Problem Pflingstberg
- 6/7 **Aktuelles** aus Stern, Kirchsteigfeld und Drewitz
- 8 **Ostermarsch** in Potsdam/ „nd“ feiert/Erinnerung Himmelfahrts-Tour

Informationen der Redaktion:

Die Monatsausgabe Mai für „Potsdams andere Seiten“ erscheint schon am Freitag, den 29. April 2016. Im Mittelpunkt stehen Babelsberg und Zentrum-Ost. Redaktionsschluss ist am Freitag, 15. April 2016.

Die Redaktion

Genf: Friedensverhandlungen für Syrien

Die Formel „Fluchtursachen bekämpfen“ ist in aller Munde, doch kaum jemand hat stichhaltige Strategien, wie Konflikte und Krieg, Verfolgung und Vertreibung nachhaltig bekämpft werden können. In vielen Fällen versucht die UNO zu vermitteln, so auch bezogen auf Syrien, wo seit fünf Jahren oppositionelle Gruppen für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie kämpfen.

Aktuell habe ich die Möglichkeit, einen Teil der syrischen Opposition, den Kurdischen Nationalrat in Syrien (KNR), bei den Genf-III-Friedensverhandlungen zu begleiten. Der KNR besteht aus zwölf Parteien sowie Mitgliedern von zivilgesellschaftlichen Organisationen und unabhängigen Personen. Innerhalb der syrischen Kräfte ist er fester Bestandteil der National Coalition of Syrian Revolution and Opposition Forces sowie des Hohen Verhandlungskomitees, das bei der Oppositionskonferenz

in Riad im Dezember 2015 für die anstehenden Friedensgespräche gegründet wurde.



Claudia Fortunato (Linksjugend [solid] Brandenburg), berichtet aus Genf, wo in Kürze die Friedensverhandlungen zum Syrien-Konflikt in die nächste Runde gehen. Fortunato begleitet die Verhandlungen.

Am 26. Februar konnte das Büro unter Anwesenheit des KNR-Präsidenten, Ibrahim Biro, sowie deutscher, türkischer, russischer und saudi-arabischer Diplomaten und von Vertretern kurdischer Parteien eröffnet werden. Zu unseren Aufgaben als zweiköpfiges Genfer Office Team gehören die Unterstützung des Kurdischen Nationalrats bei der Erstellung von Konzeptpapieren für die Verhandlungen in unterschiedlichen Sprachen, die Vermittlung seiner Positionen gegenüber der westlichen Medienöffentlichkeit und die Koordinierung von Kontakten und Terminen. All das verspricht eine ereignisreiche und lehrreiche Zeit zu werden, an deren Ende wir hoffentlich von uns behaupten können, einen kleinen Beitrag zur friedlichen Lösung des Konflikts sowie zur Etablierung eines demokratischen und föderalen Systems in Syrien beigetragen zu haben.

Aufruf zur Solidarität mit den Sinti und Roma Europas



Anlässlich des ROMADAY am 8. April 2016 hat sich ein breites gesamtgesellschaftliches Bündnis für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas gebildet. Mehr als zwanzig Organisationen aus Politik, Zivilgesellschaft und Kultur haben einen Aufruf mit zentralen Forderungen formuliert. Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, die Forderungen zu unterzeichnen und sich gegen die Ausgrenzung von Sinti und Roma auszusprechen.

Deshalb fordert das Bündnis (gek.):

- Eine klare öffentliche Verurteilung des Antiziganismus durch die politisch Verantwortlichen in Deutschland und Europa und eine uneingeschränkte Solidarität mit den Sinti und Roma.

- Die Anerkennung von Sinti und Roma als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bür-

ger. Benachteiligungen aufgrund der ethnischen Herkunft beim Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnraum sowie Gesundheitsversorgung müssen beendet werden. Entsprechende öffentliche Programme müssen im Dialog und unter maßgeblicher Beteiligung von Roma und Sinti entwickelt und umgesetzt werden.

- Die Gewährung von Schutz für aus ihrer Heimat geflohene Roma. Da es für sie keine „sicheren Herkunftsstaaten“ gibt, müssen Romaflüchtlinge als gleichberechtigte Antragsteller behandelt, deren Fluchtgründe vollständig und unvoreingenommen geprüft und die bestehenden asylrechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die gruppenspezifische Verfolgung von Roma darf bei der Prüfung der Asylgründe nicht ausgeblendet werden. Die

Stigmatisierung als „Asylbetrüger“ muss enden.

- Die Bekämpfung romafeindlicher Denkmuster und Verhaltensweisen in der europäischen Gesellschaft. Die einseitige, antiziganistische Berichterstattung muss einem differenzierten Blick weichen, Kultur, Politik und Medien müssen entsprechend sensibilisiert werden. Die Aufklärung über roma- und sintifeindliche Denkmuster muss Eingang in die Erziehung und Bildung finden.

- Die Würdigung des Beitrags der Sinti und Roma an den Kulturen Europas ist notwendig,.

KONTAKT: https://www.change.org/p/roma-day?recruiter=230098996&utm_source=share_petition&utm_medium=copylink

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◀ Monatszeitung
für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE.
Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dor-
tustraße 53, 14467 Potsdam.

REDAKTION: medien punkt potsdam; Hesse-
straße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin**
(V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo.**
Eggstein, Layout; **Renate Frenz**, Redaktions-
sekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71;
email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische
Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160
500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 Les-
erInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur
mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als
Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder
der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen
die persönliche Meinung des/der AutorIn dar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw.
Fotos kann keine Haftung übernommen wer-
den. Für die Veröffentlichung von Leserpost
behält sich die Redaktion das Recht sinnwahr-
ender Kürzungen vor.

DRUCK: Nordost-Druck GmbH
Neubrandenburg.

Kalenderblätter des Monats April



Ernst Thälmann geboren

Das Leben und Wirken des am 16. April 1886 in Hamburg geborenen Ernst Thälmann ist mit dem Aufstieg der KPD zur Massenpartei, großen Aktionen in der Weimarer Republik gegen Krieg und Faschismus sowie dem Kampf für die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter verbunden. Thälmann, wurde am 03. März 1933 von den Nazis verhaftet und nach fast 11 Jahren

Haft auf direkten Befehl Himmlers und Hitlers am 18. August 1944 im KZ-Buchenwald ermordet.



KPD und SPD werden SED

In Berlin vereinigen sich am 21./22. April Delegierte der KPD und der SPD zur SED. Dem waren Parteitage beider Parteien vorausgegangen. Paritätische Vorsitzende werden Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck.

Diese Vereinigung wird von Teilen der SPD auch als „Zwangvereinigung“ reflektiert und ist bis heute umstritten. Der Zusammenschluss von KPD und SPD war eine Lehre aus der jahrzehntelangen Spaltung der Arbeiterbewegung und wurde auch mit dem gemeinsamen Widerstand von Mitgliedern der SPD und KPD gegen den Faschismus begründet. Die große Mehrheit der Mitglieder von KPD und SPD waren für diesen notwendigen Zusammenschluss. Der Zusammenschluss war aber auch mit Druck verbunden. Vor allem Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, welche ihm Widerstand entgegengesetzten, wurden verfolgt.

Die Einigungskonferenz von KPD und SPD in Potsdam fand bereits am 3. April im Kaufhaus Karstadt statt.

„Mein Land hat mich zum Mörder gemacht“

Podiumsdiskussion: Ein Ex-Drohnenpilot berichtet über den geheimen US-Drohnenkrieg

Der Saal im Interkulturellen Bildungs- und Begegnungszentrum der BBAG e. V. in der Babelsberger Schulstraße war bis auf den letzten Platz gefüllt. Eingeladen zur Podiumsdiskussion hatte am 18. März die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Neben dem ehemaligen Drohnenpiloten der US-Air Force, Brandon Bryant, saßen im Präsidium die Mitglieder des Bundestages Martina Renner und Norbert Müller (beide DIE LINKE).

Brandon Bryant war fünf Jahre lang Drohnenpilot für die US-Airforce und hat an tödlichen Drohneneinsätzen der USA mitgewirkt. 2011 stieg er aus dem Drohnenprogramm aus, weil er es nicht länger mit seinem Gewissen vereinbaren konnte, Teil dieser Tötungsmaschinerie mit vielen zivilen Opfern zu sein.

Zum Zeitpunkt seiner Entlassung litt er an einer schweren, anhaltenden Post-traumatischen Belastungsstörung. Er verließ das Militär im Rang eines Staff Sergeant und erlebte in den folgenden Wochen eine tiefe Krise. Am 10. Dezember 2012 veröffentlichte das Magazin Der Spiegel erstmals einen Bericht über Bryant, seine frühere Arbeit und seine Erkrankung.

„Mehr als fünf Jahre lang saß Brandon Bryant in einem länglichen Container von der Größe eines Wohnwagens, runtergekühlt auf 17 Grad, fensterlos, die Tür durfte aus Sicherheitsgründen nicht geöffnet werden. Vor Bryant und seinem Kollegen leuchteten 14 Bildschirme, lagen 4 Tastaturen. Wenn Bryant in New Mexico auf einen Knopf drückte, starb ein Mensch auf der anderen Seite der Welt.“

Brandon Bryant war sechs Jahre Drohnenpilot der US-Streitkräfte und tötete während dieser Zeit per Knopfdruck 1.626 Menschen. Heute sagt er: „Mein Land hat mich zu einem Mörder gemacht. Ich wollte ein Held sein, aber eine Drohne zu bedienen gab mir das Gefühl ein Feigling zu sein.“ Er bezeichnet diese Erkenntnis als das schlimmste Gefühl, dass er jemals hatte

und unterstreicht: „Es riss mir die Seele aus dem Leib.“

In seinen einführenden Worten wies Norbert Müller besonders darauf hin, dass der dreißigjährige Brandon Bryant der beste Beweis dafür sei, dass es keinen Krieg gebe, der ohne seelisch Verwundete auskommt.

Bryant selbst schilderte eindringlich seine Erfahrungen als Drohnenpilot. Die Opfer – über die der einzelne Soldat bewusst keine Informationen erhalte – würden schlicht als Terroristen oder »Bad Guys« bezeichnet. Über einen Bildschirm habe er betrachten können, wie Menschen sterben, wie Angst und Schrecken bei den hinzukommenden Menschen am Tatort zu sehen sei – all dies sei für ihn „furchtbare



UNSER MANN IM BUNDESTAG
NORBERT MÜLLER DIE LINKE.

unzählige Menschenleben, darunter auch die vieler Zivilisten, kostete. „Es ist nicht sauber“, so Bryant zu diesem Ansatz.

Er lehnt heute den globalen US-Drohnenkrieg ab. Als Whistleblower wird Brandon Bryant in eine Reihe mit Julian Assange und Edward Snowden gestellt. Immer wieder weist er auf die essentielle Rolle von Ramstein hin, berichtet über die Rolle der US-Militärbasis in Deutschland als zentrale Drehscheibe im US-Drohnenkrieg: „Alles was mit Drohnen zu tun hat, geht über Ramstein. Sie [die US-amerikanische Regierung] nutzen das Vertrauen der deutschen Regierung und Bevölkerung aus, um



Begleiterscheinung“ geworden. „Aber ich sah es als meine Pflicht an, über die Wahrheit hinter dem feigen Töten aus der Entfernung zu sprechen. Wir sollten nicht annehmen, dass Krieg irgendwelche Probleme löst. Es sollte okay sein, nein zu sagen“, so der junge Amerikaner.

Doch Bryant zeigt sich auch ungebrochen, kämpferisch und entschlossen die Hintergründe von Obamas Drohnenkrieg aufzudecken. Mit harten Worten kritisiert er die US-amerikanische Regierung, die alles tue, damit der Drohnenkrieg in der Öffentlichkeit als „sauber“ erscheint. Organisiertes Abschlagen und Morden, das man dem amerikanischen Volk vor allem in der wagen Formel „Krieg gegen den Terror“ anpreist, und das vor allem in Afghanistan und Pakistan, aber auch in Somalia und Jemen,

einen Krieg zu führen.“ Die Mitwirkung Deutschlands am maschinellen Töten sei somit nicht zu leugnen.

Für seine Enthüllungen nimmt er bis heute dienst- und strafrechtliche Verfolgung in Kauf. Bryant nahm am 16. Oktober 2015 den Whistleblower-Preis der deutschen Sektion der Juristinnen und Juristen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA) und der Vereinigung deutscher Wissenschaftler (VDW) entgegen. Ohne Brandon Bryant wären viele Informationen über den US-Drohnenkrieg der Öffentlichkeit heute nicht bekannt. Martina Renner betonte in diesem Zusammenhang die Aussagen Bryants vor dem NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestages (im Oktober 2015) als äußerst aufschlussreich und wichtig.

-bm

Vom Versuch, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben

Aus Angst vor rechtem Terror arbeitete das Land Brandenburg seit den 1990er Jahren mit rechten Schwerverbrechern wie Carsten Szczepanski, alias Piato. Der verurteilte Mörder war über lange Zeit als V-Mann eine wichtige Quelle für den Brandenburger Geheimdienst, mit guten Verbindungen zum NSU. Dank Piato wusste der Verfassungsschutz schon 1998 über den Aufenthalt und die Bewaffnungspläne der damals mit Haftbefehl gesuchten Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt Bescheid. In Besitz dieses Wissens entschied sich Brandenburg 1998 dazu, die Informationen über das Trio nicht der Polizei zu übergeben, da dies den V-Mann in Gefahr gebracht hätte.

Ja, im Nachhinein ist man immer schlauer. Und ja, alles im Leben ist eine Frage der Abwägung. Aber: Das V-Männer-System, also die Arbeit des Staates mit Neonazis, wurde immer mit dem Zugang zu brisanten Informationen gerechtfertigt. Nur, welche Schlüsse zog Brandenburg aus dem teuer erkaufte Wissen? Anstatt die Strafverfolgung einzuleiten, tat Brandenburg nichts. Obwohl, das ist nicht richtig: Anstatt die Strafverfolgung einzuleiten, ließ auch Brandenburg es zu, dass drei Neonazis ein Jahrzehnt lang raubten und mordeten.

Und nun? Schuld daran tragen alle. Die regierenden SozialdemokratInnen, die den rechten Terror nicht wahr haben wollten. Die ChristdemokratInnen, die es schon immer so gemacht haben, und auch wir, die SozialistInnen, die das Brandenburger V-Mann System tolerierten und aus Angst vor Schlimmerem mitmachten. All diejenigen, die Verantwortung hierfür trugen, in der Staatskanzlei, im Innenministerium, beim VS, in der PKK und in der G-10-Kommission – sie alle haben ihren Teil dazu beigetragen, dass der NSU morden konnte. Es ist an der Zeit, die Wahrheit offen auszusprechen, staatliches Versagen einzugestehen, die eigene Verantwortung anzunehmen und sich den Konsequenzen des eigenen Handelns zu stellen. In unserer Demokratie gibt es hierfür das Instrument des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Wir werden es nutzen.

Roland Gehrman

Prüfungen abgelehnt – im Verkehr soll alles bleiben, wie es ist

DIE LINKE hatte zwei Anträge gestellt, in denen es um die Verbesserung der Verkehrssituation in dem Bereich um den Hauptbahnhof ging, der sich bekanntermaßen durch Zähflüssigkeit und Staubildung auszeichnet. Es sollte untersucht werden, wie der Verkehr zwischen Langer Brücke, Meierohr, List-Straße und Babelsberger Straße so optimiert werden kann, dass der Verkehr flüssiger als bisher läuft. Potenzial dafür gibt es: Änderung der Spuraufteilungen und der Signalisierungen an der Brückenauffahrt von der List-Straße, Bündelung der Fußgängerquerung auf nur einer Seite der Kreuzung beim Bahnhofseingang. So könnte der abbiegende Verkehr zügiger funktionieren, die Staubildung reduziert werden. Diese Möglichkeiten sollten geprüft werden. Das wurde mit der Begründung abgelehnt, dass der motorisierte Individualverkehr generell reduziert werden solle, mit diesen Maßnahmen aber das Gegenteil erreicht werden würde. Die Dosierungsfunktion des Knotens für den Kfz-Verkehr in die Innenstadt würde so aufgehoben werden. Mit anderen Worten: Je mehr Staus, desto höher der Leidensdruck, desto weniger Autos auf der Straße. Dass dieses Denken nicht aufgeht, zeigt die Verkehrssituation täglich. Also wird es sich weiter stauen- der Umwelt zur Liebe?

Auch die beantragte Prüfung der vom Verkehrstisch Potsdam erarbeiteten Vorschläge für die künftige Straßenbahnführung im Bereich Heinrich-Mann-Alle/Friedhofsgasse/Friedrich-Engels-Straße fand keine Zustimmung. Der Verkehrstisch ist ein vom OB eingesetztes ehrenamtliches Gremium, das zu Fragen der Verkehrsentwicklung beraten soll. Beratung scheint aber nicht gefragt zu sein.

Auch ein weiteres Nachdenken über günstigere Verkehrsabläufe am Bahnhof Medienstadt durch eine Über- oder Unterführung an den Bahngleisen wird es nicht geben. Die Autos sollen schließlich nicht durch die schadstoffbelastete Großbeerenstraße, sondern über die L40-Nuthestraße fahren. Der von der LINKEN und Anwohnern der L 40 seit Jahren geforderte Schallschutz ist aber nach wie vor für die Verwaltung kein Thema.

Es ist fraglich, ob dieses Herangehen an Problemlösungen in einer wachsenden Stadt durchzuhalten ist.

-sm

Der Kampf um den Erhalt des „Mercure“ geht weiter

Es ist unglaublich, aber leider wahr. Eine Mehrheit von 33 Stadtverordneten, bestehend aus allen Mitgliedern der Fraktionen SPD, CDU, Grüne, Bürgerbündnis und AfD, hat sich für den Abriss des Hotels „Mercure“ ausgesprochen. Sie folgte damit dem Antrag des Oberbürgermeisters zur Änderung der Sanierungsziele für den Lustgarten. Die Forderung der Linksfraktion nach einer zeitnahen Bürgerbefragung ist von diesen 33 Stadtverordneten abgelehnt worden. Dabei ließen sie sich auch nicht davon beeindrucken, dass die Linksfraktion innerhalb weniger Tage 3.665 Unterschriften für die Durchführung einer Bürgerbefragung zum Mercure gesammelt hatte. Die Rathauskoalition ist also gar nicht daran interessiert, die Meinung der Potsdamerinnen und Potsdamer zu diesem heftig umstrittenen Thema der Stadtentwicklung zu erfahren, offensichtlich weil man Angst vor dieser Meinung hat.

Das ist ein heftiger Rückschlag in der Entwicklung einer Kultur der Bürgerbetei-



ligung in der Landeshauptstadt. Schließlich sind die Auseinandersetzungen um den Landtagsneubau und um den Neubau des Sport- und Freizeitbades auch über den Weg einer Bürgerbefragung befriedet worden.

Für viele ist es wie eine Posse, dass ein funktionierendes Hotel, das selbstverständlicher Bestandteil des Stadtbildes geworden ist, mit städtischen Mitteln erworben und

abgerissen werden soll. Als ob wir keine anderen Probleme hätten. Dieses großkotzige Agieren der Landeshauptstadt stößt auf viel Unverständnis im Land. Als Krönung des Ganzen soll anstelle des Hotels eine „Wiese des Volkes“ entstehen.

DIE LINKE hat sich immer dafür eingesetzt, dass mit der Gestaltung des historischen Stadtzentrums die Identifikation der Potsdamerinnen und Potsdamer mit ihrer Stadt gestärkt werden soll. Die Abrissmentalität des Oberbürgermeisters, das Ausmerzen von Bauten aus der DDR-Zeit, wie das Minsk, das Fachhochschulgebäude oder der

Staudenhof, ist genau der falsche Weg.

Aber noch ist nicht das letzte Wort gesprochen. Offen bleibt, ob der Eigentümer des Hotels überhaupt bereit ist, über einen Verkauf zu verhandeln und ob die Stadt überhaupt in der Lage ist, einen Erwerb zu finanzieren. Wir werden uns gemeinsam mit vielen anderen weiter für den Erhalt des „Mercure“ einsetzen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Lernen unter Palmen

Verwaltung schlägt Privatschule in der Biosphäre vor

Aus dem Abi im Urlaubsfeeling wird aber auch bei Umsetzung dieser Pläne nichts. Denn dafür muss die riesige Halle ein komplett neues Innenleben erhalten. Die nötigen Klassenräume sollen als große Glaskuben auf Stelzen in die eigentliche Halle gesetzt werden. Neben der weiterführenden Schule mit mindestens 930 Plätzen sollen eine Dreifeld-Sporthalle und ein Jugendclub Platz finden. Der Haken: Die nötige Investition für Umbau und Sanierung wird auf 34,5 Mio € geschätzt - deutlich teurer als ein Standard-Schulbau. Und auch die jährlichen Betriebskosten liegen ca. 40% über denen „normaler“ Schulen.

Deshalb möchte die Verwaltung das Projekt privatisieren, geknüpft an diverse Bedingungen, etwa die vorrangige Aufnahme von Potsdamer Schülern, weltanschauliche Neutralität etc.. Schulgeldfreiheit, wie noch vor zwei Jahren bei ähnlichen Plänen,



gehört übrigens ausdrücklich nicht mehr dazu. Ob ein solcher Eingriff in die Autonomie eines freien Trägers rechtlich überhaupt möglich wäre, muss zumindest bezweifelt werden. Einer Übertragung öffentlicher Aufgaben des Schulbetriebs an einen freien Träger hatte das Bildungsmi-

nisterium bereits im vergangenen Jahr eine deutliche Absage erteilt. Ein städtischer Zuschuss von insgesamt 12,2 Mio € und ein Erbbauzins von nur 12.000 € jährlich sollen dennoch potenzielle Investoren anlocken.

Für Potsdam wäre das ein schlechtes Geschäft. Der prognostizierte Schulplatzbedarf im Norden könnte selbst bei optimistischen Annahmen höchstens zu 30% gedeckt werden - eine öffentliche Gesamtschule wird anschließend trotzdem benötigt. Gleichzeitig wird über den städtischen Zuschuss die Mehrbelastung des privaten Trägers mehr als ausgeglichen. Die

Schule wäre aber nicht allen Potsdamern zugänglich. Und schließlich trägt die Stadt auch noch das volle Risiko - sollte der Träger den Schulbetrieb einstellen, fallen Gebäude und Schulbetrieb an die Stadt zurück.

Stefan Wollenberg

Internationaler Frauentag

Gleichstellung – heute, morgen und übermorgen

Am 15. März fand der Frauentagsempfang im Landtag auf Einladung der Landtagspräsidentin Britta Stark und der frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen im Foyer des Landtages statt. Das Motto: „Neue Chancen - mehr Miteinander - gute Lebensperspektiven. Brandenburger Frauen reden über Gleichstellung heute, morgen und übermorgen“. Auf dem Podium diskutierte unter anderem die Potsdamer LINKE-Stadtverordnete Gesine Dannenberg mit anderen aktiven Frauen, warum sie selbst politisch aktiv sind und sich für Frauen- und Gleichstellungsrechte interessieren und einsetzen.

Die frauenpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen führten außerdem Interviews mit starken Frauen aus ihren Wahlkreisen, und die Anwesenden hatten Gelegenheit, sich auszutauschen und zu vernetzen. Dass die Veranstaltung fraktionsübergreifend organisiert wurde, ist



ein Novum und stieß auf breite Resonanz: Es waren über 150 aktive Frauen aus Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Verwaltung gekommen. 20 von 57 Stadt-

verordneten in Potsdam sind übrigens Frauen. Den höchsten Frauenanteil hat die Fraktion DIE LINKE mit 6 von 13 Stadtverordneten.

Aufruf zum Bürgerbegehren

„Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte“

Die aktuelle Debatte um das Hotel „Mercure“ und die mehr als 3.000 Unterschriften binnen einer Woche, stehen beispielhaft für einen unterbliebenen, seitens der Rathauskooperation sogar verhinderten Diskurs um die Zukunft der Potsdamer Mitte. Bisherige Beteiligungen liefen ins Leere oder waren von vornherein ein Placebo (z. B. Lustgarten Werkstatt 2014/15). Die Stadt versucht nun, auch im Bereich des Staudenhofs in den nächsten Monaten vollendete Tatsachen zu schaffen.

Gebetsmühlenhaft wird dabei auf einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem letzten Jahrhundert verwiesen. Dabei wird nicht nur vergessen, dass mit dem 25 Jahre alten Beschluss von 1990 lediglich eine „behutsame Wiederannäherung“ an das frühere Stadtbild beschlossen wurde und nicht seine kompromisslose, vollständige Wiederherstellung. Noch drastischer ist, dass mit der Tilgung der Nachkriegsmoderne aus der Potsdamer Mitte die neuen Bedürfnisse einer lebendigen Stadt des 21. Jahrhunderts sträflich übergegangen werden.

Abriß und Verkauf der öffentlichen Liegenschaften wären unumkehrbar und würden kommenden Generationen sämtlichen Einfluss auf die Gestaltung ihres Stadtzentrums nehmen.

Die kompromisslose Zerstörung nutzbarer Bausubstanz und die Privatisierung öffentlichen Bodens sind alles andere als behutsam, nachhaltig oder verantwortungsvoll.

Mit einem Bürgerbegehren soll die öffentliche Debatte neu belebt und die Mög-

lichkeit geschaffen werden, dass alle PotsdamerInnen an der weiteren Entwicklung ihrer Stadtmitte beteiligt werden. Die Sammlung der Unterschriften wird durch zahlreiche Veranstaltungen begleitet (u. a. Vorstellung eines überarbeiteten Nutzungskonzepts für das FH Gebäude im April, öffentliche StadtWerkstatt und Präsentation ihrer Ergebnisse im Mai 2016).

Damit soll Bewusstsein für den Wert öffentlicher Gebäude und Grundstücke geschaffen und aufgezeigt werden und, dass NEU über BESTEHENDES gedacht werden kann. Über den genauen Wortlaut des Bürgerbegehrens wird die Öffentlichkeit nach einer Phase der Rechtsprüfung informiert.

Initiative „Potsdamer Mitte neu denken“

Wem gehört der Park?

Schlosserstiftung und Bauverwaltung forcieren Pflingstberg-Privatisierung

Da haben sich zwei gefunden: auf der einen Seite Springer-Vorstand Matthias Döpfner, der die marode Villa Henkel am Pflingstberg erworben und saniert hat - zunächst übrigens als Gewerbeimmobilie und nicht etwa als Privatwohnsitz. Auf der anderen Seite die Schlosserstiftung, die den Pflingstberg und auch die weiter unten am Hang gelegene Villa Schlieffen gern nach historischem Vorbild wiederhergestellt wüsste. Und dazwischen die Potsdamer, zu deren öffentlichen Grünflächen der Park gehört.

In Kenntnis dieser Tatsache hatten Döpfner und die Stiftung einen Vertrag geschlossen, der Döpfner ein 40-jähriges Nutzungsrecht des Parks zusicherte. Er verpflichtete sich im Gegenzug zur Sanierung und der Übernahme des laufenden Unterhalts der Anlage. Sanierungsmaßnahmen lassen seit Vertragsschluss auf sich warten. Zäune, die große Teile des öffentlichen Areals zum Privatbesitz „umwidmeten“, standen dagegen über Nacht. Klar hat sich die SVV gegen B-Plan-Änderungen ausgesprochen, die diesen Zustand legalisieren.

Dennoch will die Bauverwaltung Döpfner nun 13.000 m² zusätzlich zugestehen, damit er seine vertraglichen Verpflichtungen erfüllt. Der Rundweg und die öffentliche Erlebbarkeit des Parks wären damit dauerhaft verloren. Eine solche Privatisierung öffentlicher Werte durch die Hintertür wäre in der bundesdeutschen Geschichte ein einmaliger Vorgang. DIE LINKE wird sich mit aller Entschiedenheit gegen die Schaffung eines solchen Präzedenzfalls wenden.

Stefan Wollenberg

Bürgerinnen und Bürger wollen beteiligt werden

„Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte“, unter dieser Überschrift will die Initiative „Potsdamer Mitte neu denken“ ein Bürgerbegehren starten. Dazu erklären die Sprecherin für Stadtentwicklungspolitik der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag, Anita Tack, und der Potsdamer LINKE-Vorsitzende Sascha Krämer:

„Die Online-Umfragen beider Potsdamer Tageszeitungen und viele Gespräche zeigen mit großer Deutlichkeit, ca. 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind gegen eine Abriss des Hotels Mercure und wollen dazu befragt werden. Die Rathauskooperation verweigert eine Befragung. Das jetzt von der Initiative „Potsdamer Mitte neu denken“ angestoßene Bürgerbegehren findet unsere ausdrückliche Unterstützung. Das Thema „Entwicklung Potsdamer Mitte“ muss zu einem öffentlichen Thema



werden. Es gibt dringend weiteren Diskussionsbedarf unter Einbeziehung der Bevölkerung. Da die von den LINKEN beantragte Bürgerbefragung von der Rathauskooperation abgelehnt wurde, bleibt der nun eingeschlagene Weg, die Stadtentwicklung mit Bürgerbeteiligung und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger voran zu bringen.

DIE LINKE versteht unter Stadtentwicklung und städtebaulichen Entscheidungen einen höchst demokratischen Prozess. Die Bürgerbefragung zum Neubau des Freizeitbades, die auf wesentliche Initiative der LINKEN möglich wurde, zeigt, dass eine umfassende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern auch an komplexen Prozessen zu breit akzeptierten Ergebnissen führen kann. Deshalb fordern wir die Einbeziehung und frühzeitige Beteiligung der Potsdamerinnen und Potsdamer bei Bauvorhaben von gesamtstädtischer Bedeutung, auch unter Nutzung des Instruments der Bürgerbefragung.“

Wir kämpfen unermüdlich weiter

Nachdem sich die Basisorganisation Drewitz-Kirchsteigfeld im letzten Jahr wieder neu bildete, können wir auf ein Jahr aktive politische Arbeit zurückblicken. Vor allem die monatlichen Treffen, jeden ersten Dienstag im Monat, werden von den GenossInnen gut angenommen. Auch die älteren GenossInnen, die aufgrund von Alter und Erkrankungen nicht kommen können, werden regelmäßig über die neuesten politischen Entwicklungen informiert. Gerade die politischen Debatten, die wir führen, sind wichtig, um Sichtweisen besser zu verstehen. Dass wir die Räumlichkeiten von ver.di in Drewitz nutzen können, hat auch den zusätzlichen Vorteil, dass wir jederzeit mit den KollegInnen reden können, Fragen stellen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Politik und Gewerkschaft diskutieren können. Dieses Jahr werden wir uns auch in die regelmäßig stattfindenden Feste im Stadtteil mit einbinden, um, zusätzlich zu den regelmäßigen stadtfindenden Informationsständen, den AnwohnerInnen in Drewitz und im Kirchsteigfeld eine Möglichkeit zu geben, mit uns in den Austausch zu gehen. Es ist nicht immer leicht, gemeinsam für und mit den GenossInnen Politik zu leben, aber mit so aktiven Menschen, wie wir sie in der Basisorganisation haben, bin ich sehr zuversichtlich, dass wir dies weiterhin gut bewerkstelligen werden.

Kati Biesicke

Nach Redaktionsschluss

Zum geplanten Bürgerbegehren „Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte“

In drei Tagen – am 8. April – starten wir das Bürgerbegehren. Wir wünschen uns dazu eine rege Stadtdebatte und natürlich ganz viele Unterschriften.

Am Gelingen des Bürgerbegehrens werden tausende Potsdamerinnen und Potsdam beitragen müssen. Dazu bitten wir Sie / Euch schon jetzt im Kreis der SympathisantInnen, Nachbarschaften und KollegInnen dafür zu werben.

Auf unserer Homepage stellen wir bis zum 08. April 2016 alle wichtigen Informationen bereit. Wir haben diese auf das Bürgerbegehren hin neu strukturiert: <http://www.potsdamermittendenken.de/>

Steffen Pfrogner, im Auftrag der Initiative „Potsdamer Mitte neu denken“

Einkaufen im Kirchsteigfeld

Nach der Schließung von Kaisers im Kirchsteigfeld zum Ende des vergangenen Jahres fragen viele Bewohner des Wohngebiets, wie es jetzt weitergeht. Es gibt die Sorge, dass durch den Wegfall des Kaiser-Marktes in Zukunft keine ortsnahe Versorgung mehr gesichert ist. Das ist nicht nur, aber vor allem für ältere Menschen ein Problem, die ihren Einkauf zu Fuß durchführen. Dazu kommt auch, dass das Zentrum des Kirchsteigfelds ohne einen solchen Markt erheblich an Bedeutung verlieren würde. DIE LINKE hat seit längerem auf diese Probleme aufmerksam gemacht und sich für eine unmittelbare Lösung eingesetzt.

Es ist erfreulich, dass die Einzelhandelskette REWE frühzeitig ihr Interesse für diesen Standort bekundet hat. Dazu laufen zur Zeit noch die notwendigen Gespräche mit dem Vermieter der Immobilie. REWE möchte sich nicht nur im Kirchsteigfeld ansiedeln, sondern den Standort attraktiver



machen. So sollen verschiedene bauliche Veränderungen vorgenommen werden, die das Einkaufen im Kirchsteigfeld günstiger gestalten werden. In diesem Zusammenhang sind auch beträchtliche In-

vestitionen geplant. Die Verhandlungen zwischen REWE und dem Vermieter sind noch im Gange, stehen aber kurz vor dem Abschluss.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Zweite Klausur zur Gartenstadt Drewitz

Am 22. Februar trafen sich rund 50 Interessierte in Drewitz, um sich über die Entwicklung im Stadtteil auf den aktuellsten Stand bringen zu lassen. In straff organisiertem Ablauf wurden in nur drei Stunden 11 Projekte vorgestellt. Leider blieb da wenig Raum für Diskussion. Jedoch war das auch nicht notwendig, da die Teilnehmer den Verlauf der verschiedenen Arbeiten von Beginn an mit begleiten. Es wäre vermessen, hier alle 11 Projekte und ihren jeweiligen Umsetzungsstand vorzustellen. Hervorheben möchte ich heute zwei davon:

1. Die Sanierung des „Quartier 8“ an der Ecke Asta-Nielsen-Straße/Konrad-Wolf-Allee und
2. die „Rolle“, entlang der Konrad-Wolf-Allee.

Mit der Sanierung des „Quartier 8“ ab 2017 steht das dritte große Umbauvorhaben im Gebäudebestand in Drewitz an. Hierbei geht es nicht nur um eine optische Verschönerung. Mit der Neuinstallation von

Balkonen und Aufzügen sowie der Änderung von Grundrissen hin zu nachgefragten, offeneren Raumzusammenhängen und einer umfangreichen energetischen Sanierung wird die Gebäudesubstanz heutigen Bedürfnissen angepasst.

Nach einem umfassenden Wettbewerbsverfahren, das im Jahr 2014 angestoßen wurde, stehen nun die Planer fest: KOPPERROTH & BILF POTSDAM wird mit der Sanierung des „Quartier 8“ eine einprägsame Eingangssituation zum Stadtteil hin und ein „Gesicht“ für die gesamte Umgebung schaffen. Nach innen hin wird es einen geschützten wohnlichen Hofbereich mit Mieterterrassen sowie Flächen für gemeinsame Aktivitäten unter Nachbarn geben. Diese werden von einem beeindruckenden Baumbestand eingefasst sein. Ziel beim energetischen Umbau des Gebäudekomplexes ist das Erreichen eines guten energetischen Standards, damit möglichst geringe Betriebskosten entste-

hen. Dazu tragen die Nutzung von grüner Fernwärme, die Erneuerung von Türen und Fenstern sowie die Dämmung der Gebäudehülle bei. Das Sanierungsmanagement berät zu den energetischen Planungen. Seit einigen Tagen gibt sich ein Teil der so genannten „Rolle“ in Drewitz „verschleiert“. Seit dem Sommer vergangenen Jahres werden die sieben Gebäude der Häuserzeile von der Pro Potsdam modernisiert. Bis 2017 werden neue Wohnungstypen entstehen, so zum Beispiel Gemeinschafts- und Atelierwohnungen sowie Wohnungen für große Familien. Aber auch barrierefreie Wohnungen und ganz „normale“ 1- bis 4-Raum-Wohnungen werden nach der Sanierung angeboten. Außerdem entstehen ein Ärztehaus und einige andere gewerblich zu nutzende Flächen für Handel, Dienstleistung und Gastronomie.

*Jana Schulze
Stadtverordnete Wahlkreis VI
Stadtteilrat, S_D_KSF*

+++ Leserpost +++ Leserpost +++ Leserpost +++ Leserpost +++

Ein zweites feines Bad?

Kürzlich las ich, dass im ehemaligen BUGA-Park am Wasserspielplatz wieder ein Café eröffnet. Dieser überaus beliebte Familientreff ist in der warmen Jahreszeit nicht mehr wegzudenken. Die Kinder können nach Herzenslust im Wasser spielen und planschen und es ist dort immer rappellvoll.

Darum bin ich sehr verwundert, dass von der Rathausführung noch niemand auf die Idee gekommen ist, in der Biosphäre für Familien ein Ganzjahres-Wasserspielplatz ein-

zurichten. Im Idealfall wäre natürlich ein kleines Schwimmbad mit zwei Becken ein Traum für Potsdam. Ein kleines Planschbecken für sehr kleine Kinder und ein zweites Becken mit einer Tiefe von max. 1,30 m, so dass sich insbesondere Senioren, Nichtschwimmer und auch Schwimmschüler darin tummeln können. Dazu könnte man noch eine kleine Saunalandschaft integrieren. Ja, und Parkflächen gibt es dort noch genug.

Ein zweites feines Bad wäre unbedingt für die erwähnten Gruppen dringend notwendig, denn Potsdam wächst und wächst...

Und mal ehrlich, wer will sich in einem Sportbad am Brauhausberg, wo dann ständig Veranstaltungen und Training laufen, inmitten von Lärm und Abgasmief in Ruhe entspannen?

Für einen Saunabesuch müsste man dann auch nicht unbedingt zu Karstadt fahren, denn dort ist eine weitere Etage dafür in Planung.

Zumal in der City ohnehin keine (und schon gar keine preiswerten) Parkplätze in Aussicht gestellt sind.

Elisabeth Schneider

Vorschnelle Baumfällungen an der Großbeeren-/Ecke Kohlhasenbrücker Straße

Nicht ganz unkommentiert möchten wir die bereits erfolgten Baumfällungen rund um die Jet-Tankstelle an der Großbeerenstraße (FOTO) lassen. 2014 wurde für dieses Areal ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan durch die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich beschlossen. In einer der Anlagen zu diesem Beschluss steht, dass eine Prüfung der Minimierung der vorhandenen Waldfläche und die Durchführung einer Variantenabwägung im Zusammenhang mit umweltfachlichen Untersuchungen stattzufinden habe. In der Anlage 2 - Planungsziele - ist festgehalten, dass entlang der Kohlhasenbrücker Straße in einer Breite von 20 Metern der Waldbaumbestand erhalten bleiben soll.

Umso irritierter waren wir, dass Anfang Februar 2016 die Bäume bereits gefällt waren. Die darauf von uns gestellten Fragen und Antworten der Verwaltung dazu möchten wir Ihnen mit dieser Ausgabe gern zur Verfügung stellen. Machen Sie sich Ihr eigenes Bild. Wir halten die rechtlich zwar zulässige unseres Erachtens nach aber vorschnelle Abholzung der Bäume für mehr als bedenklich.

Wann fanden die Prüfungen und die umweltfachlichen Untersuchungen statt?

Der Aufstellungsbeschluss zum o.g. Bebauungsplan wurde am 07.05.2014 durch die Stadtverordnetenversammlung gefasst. Im Punkt 3 der Beschlussvorlage wurde beschlossen, dass die Festlegung in welcher Priorität das Planverfahren eingestuft wird, im weiteren Aufstellungsverfahren zu klären ist.

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 06.05.2015 wurde das Bebauungsplanverfahren in die Priorität 2 eingestuft. Aus dem genannten Grund wurde von einer Bearbeitung des Aufstellungsverfahrens bislang abgesehen und es fanden keine Prüfungen zur Minimierung der vorhandenen Waldfläche und umweltfachlichen Untersuchungen statt.

Zu welchen Ergebnissen haben der Prüfungsauftrag und die Variantenabwägung laut Beschluss geführt?

Aus dem vorgenannten Gründen liegen keine Ergebnisse aus dem Prüfungsauftrag vor und keine Variantenabwägung laut Beschluss.

Warum ist bereits heute ein Großteil der Waldfläche des betreffenden B-Plangebietes abgeholzt?

Nach Auskunft der Unteren Forstbehörde verstoßen die Baumfällungen zum gegenwärtigen Zeit-



Leserbrief:

Diverse „Schildbürger“ in Potsdam

Es gibt bereits diverse „Schildbürgerstreiche“ in Potsdam, wie die Einengung der Zeppelinstraße für den Autoverkehr, oder der Umbau der Halle der Biosphäre zum Schulgebäude, oder der Abriss und Neubau des Hotels „Mercure“ in einer Ecke des Lustgartens. Letzteres halte ich für „Rufmord“. Es ist ein unerbittlicher und hektischer Versuch gegen die Mehrheit der Potsdamer, dieses funktionierende Hotel (ein „Relikt aus DDR-Zeiten!“) abzureißen, um eine nicht weiter definierte „Wiese des Volkes“ zu kreieren.

Bereits nach 10-jährigen Ringen der Fahrgastschiffer wurde diesen lediglich eine Verkaufsbaracke zugestanden. Das ist eine zukunftsweisende Investition für den Tourismus der Stadt.

Die Frage der „Sichtachsen“ (MAZ 01.03.2016) hat eine Sichtweise verdient vom gegenüberliegenden Havelufer: von der „Speicherstadt“ und dem in Planung befindlichen mit hochwertigen Apartments, einer Spielbank und einem Hotel, wie aus verschiedenen Presseveröffentlichungen zu entnehmen war. Da „stört“ natürlich der Anblick eines Hotelhochhauses und verstellt den Blick auf die nachgebildete historische Mitte.

Das Hotel „Mercure“, in exponierter Stadtlage, gehört hierher. Wer bitte braucht ein Klischee von Hollywood-Kulissen? Hier werden „die Zeiger zurückgedreht“ (MAZ 03.03.2016)

Klaus Felz

punkt nicht gegen das Landeswaldgesetz.

Wann hat die Prioritätenfestlegung laut Punkt 3 des Beschlusses für den B-Plan 140 „Steinstraße/Kohlhasenbrücker Straße“ stattgefunden?

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 06.05.2015 wurde das Bebauungsplanverfahren in die Priorität 2 eingestuft.

Wurde der zuständige Fachausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr über die Prüfergebnisse der Umweltfachlichen Untersuchungen informiert? (Wenn ja, wo ist das nachlesbar?)

Zum jetzigen Zeit liegen keine Prüfergebnisse und keine Ergebnisse der umweltfachlichen Untersuchungen vor. Sobald das Verfahren zum Bebauungsplan in die Priorität 1 aufgenommen werden sollte und umweltrelevante Prüfergebnisse vorliegen, wird der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr informiert.

Jana Schulze
Stadtverordnete

Ein Hausbeirat für das Bürgerhaus

Am 2. Februar 2016 wurde im Bürgerhaus „SternZeichen“ ein Hausbeirat gegründet. Anlass der Gründung ist die erforderliche Unterstützung der Arbeit des Bürgerhauses durch Ehrenamtliche, die bisher die Angebote des Hauses nutzen, selbst bestreiten bzw. Verantwortung für die Einrichtung haben.

Vorrangig „kümmert“ sich der Beirat um eine Erhöhung der Öffentlichkeitsarbeit, so unter anderem durch die seit dem 1.3. neu gestaltete Internetseite www.buergerhaus-stern.de, die Vernetzung bei facebook, wie die Zusammenarbeit mit den

Printmedien in Potsdam. Aber auch die Vernetzung im Stadtteil selbst – bisher hauptsächlich über das Lokale Familienbündnis Am Stern, die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern im Kiez sowie die Zusammenführung der Akteure im Stadtteil soll mehr in den Mittelpunkt der Arbeit gestellt werden. So wird sich der Beirat bemühen, die Bewerbung der Nachbarschaftshäuser in den angrenzenden Stadtteilen zu beleben, unter anderem indem sich die Verantwortlichen von „oskar“ und Stadtteiltreff im Kirchsteigfeld, wie auch der Jugendclub 18 regelmäßig über

ihre Arbeit austauschen und gegenseitig unterstützen.

Die Mitglieder begleiten die derzeit intensive Zusammenarbeit des Bürgerhauses mit der Stadtverwaltung Potsdam, Geschäftsbereich Kultur, intensiv und werden über die vereinbarten Schritte auf ihren Zusammenkünften informiert.

Seit Februar 2016 kann das Bürgerhaus 2 Mitarbeiter aus dem Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ bis 31.12.2018 einstellen. Leider gestaltet sich die Besetzung der Stellen mehr als schwierig. Deshalb auch auf diesem Wege unser

Aufruf: Sollten Sie selbst ALG II-Empfänger sein oder jemanden kennen, dann kann er/sie sich gern beim Bürgerhaus melden (0331/600 67 61 oder info@buergerhaus-stern.de). Oder kommen Sie einfach vorbei und informieren sich vor Ort (Galileistraße 37/39). Bei einer Tasse Kaffee oder Tee lernt man/frau sich dann gleich persönlich kennen. Die Interessierten werden dann dem Jobcenter Potsdam übermittelt, welches die Auswahl in Abstimmung mit dem Träger dfb Land Brandenburg e. V. vornimmt.

Monika Barsuhn
Leiterin Bürgerhaus „SternZeichen“

„nd“ wird 70 und lädt zum Feiern ein

Vom 22. bis zum 24.4.2016 feiert „neues deutschland“ mit ndLive seinen 70. Geburtstag. Am Freitag ab 18 Uhr heizen die Bands „Hasenscheiße“ und „Rolando Random & The Young Soul Rebels“ im eigens überdachten Innenhof des nd-Gebäudes mit Gitarren und Posaunen und gewitzten Texten für den Sonnabend vor. Ab 11 Uhr beginnt dann das Hauptprogramm mit Musik und Grill im Innenhof, gefolgt von Talkrunden zum Journalismus und der nd-Geschichte, Führungen durch die Redaktion, Ausstellungen, Lesungen, Filmen, Abendkonzerten, der „Best of Leserbrief-Show“ und Redakteuren am DJ-Pult. Am Sonntag warten ein Fröhliches und die szenische Lesung des Briefwechsels zwischen Christa Wolf und Brigitte Reimann auf die Besucher, begleitet vom sinnlichen 20er-Jahre-Jazz von Anna Margolina & Band.



(psch)

Gemeinsam für den Frieden!

15. Potsdamer Ostermarsch am 20. März – für eine friedliche und sozial gerechte Welt

Über 100 Bürgerinnen und Bürger waren am Sonntag vor Ostern dem Aufruf zur Teilnahme am Potsdamer Ostermarsch gefolgt. „Deutschland soll in der Welt nicht militärische, sondern friedenspolitische und humanistische Verantwortung übernehmen“, so stand es u. a. im Aufruf der Friedenskoordination.

Gleich zu Beginn forderte FRIKO-Sprecher Horst Jäkel u. a. den sofortigen Stopp aller deutschen Rüstungsexporte; die Abschaffung aller Atomwaffen; die Beendigung aller Kriegseinsätze der Bundeswehr und der NATO ohne UN-Mandat und eine aktive Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa sowie im Nahen und Mittleren Osten unter Einbeziehung Russlands.

Zur Eröffnung wies auch der Potsdamer Bundestagsabgeordnete Norbert Müller auf die internationalen Rüstungsexporte hin, wo Deutschland hinter den USA und Russland Platz DREI belegt. Waffenlieferungen nicht nur an NATO-Staaten sondern auch in Kriegs- und Krisengebiete des Nahen und Mittleren Ostens haben dazu beigetragen, dass mehrere Millionen Menschen auf der Flucht sind. DIE LINKE werde weiter „ihr Profil als Antikriegspartei“ schärfen, betonte Norbert Müller. Die Bundesregierung liefere Waffen an solche Regimes wie Saudi-Arabien und Katar. Angesichts einer Todesquote von 1:28 – „auf einen toten Dschihadisten kommen 28 tote Zivilisten“ – gebe es keinen „sauberen Krieg“, unterstrich der junge Bundestagsabgeordnete.

Zunehmende Skepsis und schwindendes Vertrauen in die nationale und europäische Politik haben dazu geführt, dass viele Menschen sich der AfD und Pegida zuwenden, auch im Land Brandenburg und in Potsdam. Dabei wird zumeist fremdenfeindliches, nationalistisches und rechts-populistisches Gedankengut auf der Straße skandiert. Setzen wir uns gemeinsam für den Frieden ein, denn Krieg darf kein Mittel der Politik sein!



LINKE-Himmelfahrt – Erinnerung

Auch für den kommenden 5. Mai hat der Kreisvorstand der Partei „Die Linke“ zum traditionellen Himmelfahrts-Ausflug eingeladen. Ziel ist der Hochfläming mit Wiesenburg und seiner näheren Umgebung. Ein geführter Parkspaziergang sollte für alle Teilnehmer machbar sein.

Danach geht es zu Fuß ein paar Kilometer durch einen Rotkäppchenwald zu einer einsamen, reizvollen Gaststätte. Wer diesen Weg nicht mitgehen möchte, darf den weniger gesundheitsfördernden Transport mit dem Bus wählen. Dieser wird übrigens wieder von H&H Reisen mit sympathischem Lenker gestellt, so dass Liederbücher und Blasinstrumente überflüssig sind.

Der Beitrag für die Parkführung und die Mittagskosten sollte mit bis zu 20 Euro geplant werden. Bis zum 12. März lagen bereits 35 Anmeldungen vor!

Restliche Anmeldungen bitte wieder unter Tel. 0331/872933 oder über den Kreisverband. Hella und Rudolf Drohla (das offizielle Himmelfahrts-Wander-Komitee)

	2	3	5	6			
							8
	5			1	9		
		2			4	9	
4		1			6		7
		9	2			5	
			6	8			9
2							
			1		5	7	6

SUDOKU

Auflösung März

1	6	4	9	2	5	8	3	7
3	8	7	1	6	4	2	9	5
9	5	2	8	3	7	4	1	6
6	1	3	4	7	8	5	2	9
4	2	9	5	1	6	3	7	8
5	7	8	3	9	2	1	6	4
2	9	5	6	4	3	7	8	1
8	3	1	7	5	9	6	4	2
7	4	6	2	8	1	9	5	3

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Dienstag, 05.04.2016, 14.00 Uhr:
„Ene, mene, muh - und raus bist du - ein fröhlicher Nachmittag mit Spiel und Spaß“ und Anita Gruber als Spielmeisterin.*

Donnerstag, 07.04.2016, 14.00 Uhr:
Singekreis mit Akkordeonbegleitung mit Manfred Bischoff*

Montag, 11.04.2016, 14.30 Uhr:
Im Gespräch mit unserer Rechtsanwältin: „Zu Rechtsfragen des Alltags“ mit Martina Scholz.*

Montag, 11.04.2016, 18.00 bis 20.00 Uhr:
„Die Wahrheit über die Ukraine, wirtschaftliche und politische Hintergründe eines gefährlichen Konflikts“ mit Rein-

hard Lauterbach (Buchautor und Osteuropaexperte)**

Donnerstag, 14.04.2016, 14.00 Uhr:
Singekreis mit Akkordeonbegleitung mit Manfred Bischoff*

Donnerstag, 14.04.2016, 18.00 bis 20.00 Uhr:
„50 Jahre in 2 Systemen in der Politik - von den Medien gepriesen, gescholten, geachtet“ mit Heinz Vietze; Moderation: Dr. Frank Schubert (Langerwisch)**

Dienstag, 19.04.2016, 14.00 Uhr:
„Ene, mene, muh - und raus bist du - ein fröhlicher Nachmittag mit Spiel und Spaß“*

Donnerstag, 21.04.2016, 14.00 Uhr:
Singekreis mit Akkordeonbegleitung mit Manfred Bischoff*

Donnerstag, 21.04.2016, 18.00 bis 20.00 Uhr:
„Gewerkschaften und Betriebsräte und der Entwurf zu einem neuen Gesetz“ mit Herbert Driebe (Potsdam) im Café im Kulturzentrum freiland e.V.**

Donnerstag, 21.04.2016 18.00 bis 20.00 Uhr:
„Enkeltauglich - Nachhaltige Politik für Brandenburg“. Buchvorstellung mit Anita Tack (Mdl; von 2009 – 2014 Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz in Brandenburg) Moderation: Dr. Detlef Nakath (Potsdam)**

Montag, 25.04.2016, 14.30 Uhr:
„Wandern auf dem Jakobsweg“ - begleiten Sie den Potsdamer Walter Mann bei seiner Wanderung auf dem berühmten Pilgerweg bis nach Santiago de Compostela.*

Mittwoch, 27.04.2016, 18.00 bis 20.00 Uhr:
„Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung“ Buchvorstellung mit Hannes Hofbauer, Moderation: Dr. Detlef Nakath**

Donnerstag, 28.04.2016, 14.00 Uhr:
Singekreis mit Akkordeonbegleitung mit Manfred Bischoff*

Freitag, 29.04.2016, 19.00 Uhr
Jan Huster und Kabarett Wirsing-„Welterklärer“ im Bürgerhaus STERN*Zeichen.

Dienstag, 03.05.2016, 14.00 Uhr:
„Ene, mene, muh - und raus bist du - ein fröhlicher Nachmittag mit Spiel und Spaß“*

* Senioren-Club der Dahlweid-Stiftung im „Kashmir-Haus“, Garnstraße 17, Babelsberg

** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustraße 53/Atrium